

Nach vierzehn Jahren fast müheloser Herrschaft ist der Traum von der Billig-Hegemonie geplatzt: Im Westjordanland eskalieren zahllose Demonstrationen gegen die israelischen Besatzer zu blutigen Straßenschlachten – mit sieben Toten

WESTBANK

Auftakt zum Anschluß?

In Jerusalem droht die Regierung mit der Annexion von „Judäa“ und „Samaria“

Von Henryk Broder und Josef Joffe

Die Routine-Verlautbarung der sonntäglichen Kabinetts-Runde in Jerusalem brachte diesmal Außergewöhnliches. Anlässlich des internationalen Afghanistan-Tages erklärte sich die israelische Ministerrunde mit dem Volk von Afghanistan solidarisch, das „der sowjetischen Invasion trotz, der Unterdrückung Widerstand leistet und für seine Freiheit kämpft“.

Derweil die israelische Regierung ihre Gedanken am vorletzten Sonntag bis nach Kabul schweifen ließ, rollten die gepanzerten Truppentransporte der israelischen Armee von allen Seiten in das

besetzte Westjordanland. Während die Minister „Unabhängigkeit“ und „Bürgerrechte“ für das Volk am fernen Hindukusch predigten, mußten Elite-Einheiten der eigenen Armee den Widerstand der Westbank-Bevölkerung brechen, der sich im Laufe der vorigen Woche zu einem regelrechten Aufstand ausweitete.

In Ramallah und Jerusalem, in Nablus und Jenin, in Hebron und Halhul, selbst in versteckten Dörfern brannten Barrikaden aus aufgeschichteten Autoreifen, flogen Molotow-Cocktails gegen israelische Patrouillen-Fahrzeuge. Die Soldaten schossen zunächst mit Tränengas in die Menge, schließlich mit scharfer Munition. Die Todesbilanz nach einer Woche des Aufstands: sieben arabische Jugendliche, ein Oberfeldwebel der israelischen Armee, der im Gaza-Streifen von einer Handgranate zerfetzt wurde.

Zum Wochenbeginn herrschte wieder brüchige Ruhe – dafür sorgten die Schützenpanzer, welche die wichtigsten Städte der Westbank abgeriegt hatten, und die rotbemühten Fallschirmjäger, die sich – das Sturmgewehr im Anschlag – in den Hauseingängen duckten. Doch Kharim Chalaf, der Bürgermeister von Ramallah, prophezeit bereits, daß die Demonstrationen wieder aufflammen werden. „Wer sind denn die wirklichen Terroristen? Die Palästinenser oder die Israelis? Was ist aus dem demokratischen Israel geworden? Israel ist ein faschistischer Staat.“

Nicht ganz. Während die Jerusalemer Regierung Härte gelobte („Wir werden weder Gewalttaten noch Friedensbrüche tolerieren“), versammelten sich in Tel Aviv fast 20 000 israelische Bürger, um gegen Menachem Begins Repressalien-Politik zu protestieren: „Schluß mit der Besatzung!“ Die Demonstranten trugen Transparente mit der Aufschrift „Frieden, nicht Annexion“, und neben den Fahnen mit dem Davidstern flatterte sogar die (verbotene) Palästinenser-Flagge. Es war die größte Friedens-Kundgebung seit vielen Monaten.

Ausgelöst wurde der Massen-Aufbruch auf der Westbank ausgerechnet durch den neuen „zivilen“ Kurs der Begin-Regierung. Am 1. November vorigen Jahres zogen sich die Militärs aus der Verwaltung der besetzten Gebiete zurück. An ihre Stelle trat eine Zivil-Administration unter Leitung des Arabistik-Professors Menachim Milson (siehe Kasten), die sich als erstes auf eine scheinbar simple Kraftprobe mit den gewählten und zumeist PLO-freundlichen Bürgermeistern einließ.

„Israel befindet sich zur Zeit im Kampf mit der PLO“, ließ Milson am vorigen Freitag wissen. „Es ist ein Entscheidungskampf um den Frieden im Nahen Osten.“ Und aus dem fernen Amerika erklärte Israels Botschafter Mosche Arens: „Ich glaube nicht, daß die PLO diesen Kampf gewinnen wird.“ Denn: „Wir haben sie so weit ge-

bracht, daß sie ihre Aktionen aus dem Libanon einstellen mußte. Und wir werden es auch schaffen, daß sie die Unterstützung der Bevölkerung auf der Westbank verlieren wird.“

Die frohe Botschaft war verfrüht. Als Milson den Bürgermeister von El Birch, den PLO-Sympathisanten Ibrahim Tawil, zum Rapport in die Hauptverwaltung zitierte, blieb dieser zu Hause – und wurde daraufhin prompt gefeuert. „Es war“, wie die *Jerusalem Post* vorsichtig anmerkte, „eine Aktion, die in all den Jahren der Okkupation ohne Beispiel geblieben ist.“

Ein paar Tage später, am Donnerstag vergangene-

Quelle

Datum

ner Woche, folgten dieser „beispiellosen Aktion“ gleich zwei weitere Schläge – gegen die weitaus einflussreicheren Bürgermeister Bassam Schaka aus Nablus und Kharim Chalaf aus Ramallah, welche die Israelis als Hauptstützen der PLO verdächtigen. Punkt 6 Uhr 30 wurden beide aus dem Bett geholt und in das Westbank-Hauptquartier der israelischen Armee verfrachtet. Dort verlas ein junger Offizier die von Begin unterzeichnete Absetzungs-Order – wegen „allgemeiner Agitation, Auflehnung gegen die Zivil-Administration und wiederholter Versuche, die öffentliche Ordnung zu stören“. Die Rückkehr in die eigenen Amtsbäude blockierten Panzerwagen der Besatzungsmacht.

„Wir kämpfen nicht gegen die Palästinenser, wir kämpfen gegen die PLO“ – so erklärte Menachem Milson die Rundum-Attacke gegen die gewählten Führer der Westbank-Bevölkerung. Doch das eigentliche Ziel ist offenkundig: Knapp vier Wochen vor dem endgültigen Rückzug aus dem Sinai, der den Ägyptern wieder freiere Hand gegen Israel verlauben wird, will die Begin-Regierung sicherstellen, daß ihr bei den künftigen Autonomie-Verhandlungen die „richtigen“ palästinensischen Partner gegenüberstehen. „Verteidigungsminister Sharon“, so der intime Westbank-Kenner Jehuda Litani, Redakteur beim liberalen *Ha'aretz*, „versucht nun, die PLO-Führung in den besetzten Gebieten zu zerschlagen. Und er glaubt, daß er in Kürze eine neue, willigere Führung finden wird, die er an die Stelle der alten setzen kann, aber da täuscht er sich gewaltig.“

In der Tat versuchen die Israelis seit Monaten, die PLO-Sympathisanten auszumanövrieren und dafür ihr Glück bei den *Mukhtars* („Dorfältesten“) und Stammesführern auf dem Land zu finden. Die Theorie hat der neue Zivil-Verwalter Menachem Milson schon im Mai 1981 in einem gelehrten Artikel für die amerikanische Neo-Konservativen-Zeitschrift *Commentary* ausbuchstabiert: Zu lange hätten die Besatzungsbehörden „Unterstützungs- und Dienstleistungen nach nicht-politischen Kriterien verteilt . . . Dieses entgegenkommende Verhalten stärkte die Position der Pro-PLO-Bürgermeister bei ihren Wahlen . . .“

Kaum im Amt, ließ der Professor der Theorie die Praxis folgen. Als Hauptstützen der neuen Politik erkor er die *rabeta al-kur'a*, die „Dorfgemeinschaften“ fern der radikalisierten Städte, die sich traditionell um so apolitische Dinge wie Brunnen und Straßen, Elektrifizierung und Genossenschaftswesen kümmerten. Während den Städten die Millionen-Subsidien aus Jordanien abgedreht wurden (die immerhin seit 1967 flossen), erhielten die Dorfgemeinschaftler plötzlich reichlich Kapital aus israelischer Hand. Und mehr noch: Die *Mukhtars* und Sippenführer sahen sich unerwartet mit ungeahnter Macht ausgestattet. Die Ausweise verhafteter Demonstranten gingen plötzlich über die Schreibtische der Dorf-Liga an die Delinquenten zurück. Gefeierten Lehrern gaben die Israelis den Wink, ihre Anträge für Neueinstellung zunächst bei der Dorfgemeinschaft einzureichen. Und selbst in einer Stadt wie Ramallah müssen Bewerber erst ein Zeugnis der Dorf-Liga vorzeigen, bevor sie den Führerschein erneuert bekommen.

Das neue System der „politischen Bildung“ funktioniert so gut, daß sowohl die PLO als auch die Regierung in Amman nervös wurden. Die

PLO drohte mit „Maßnahmen“ gegen die „Verräter und Quislinge“, Jordaniens Ministerpräsident Muda Badran gab den „Kollaborateuren“ einen Monat, um die Dorf-Räte zu verlassen – andernfalls werde ihnen der Hochverratsprozeß *in absentia* gemacht.

In der Tat leben etwa 70 Prozent der Westbank-Palästinenser auf dem Lande, wo sie mit der Aufzucht von Oliven, Feigen und Gemüse eine eher bescheidene Existenz finanzieren. „Nur“, gibt der Westbank-Experte Jehuda Litani zu bedenken, „sind die *Mukhtars* leider nicht imstande, die Palästinenser wirklich zu regieren. Deren Führer waren immer die Städter. Und wenn Sharon die Schakas und Chalafs deportiert, wird niemand

„Niemand kümmert sich um uns, auch die arabischen Staaten nicht. Die Palästinenser sind die wirklichen Verlierer“

an ihre Stelle treten. Wer die PLO loswerden will, müßte die ganze Bevölkerung deportieren.“

Blieben allenfalls noch zwei Stadtoberhäupter von politischem Gewicht übrig: der geschmeidig taktierende Bürgermeister von Gaza, Raschad Schawa, und der Anti-PLO-Bürgermeister von Bethlehem, Elias Freij. Obwohl beide die Politik der PLO in jüngster Zeit öffentlich attackiert haben, würde sich keiner von beiden derzeit als Verhandlungspartner der Israelis anbieten. Auch Freij weiß, daß die „Zivil-Verwaltung des Menachem Milson reine Camouflage ist – Militär-Herrschaft unter einem anderen Etikett. Wenn es den Israelis gelingt, die gewählte Führung zu zerschlagen, werden sie vielleicht ein paar Marionetten und Kollaborateure finden und in ein paar Monaten Neuwahlen abhalten. Wir aber werden diese Wahlen boykottieren.“

Der Bethlehem-Bürgermeister rechnet damit, daß auch er demnächst von den Behörden entmachtet wird. „Doch in meinem Fall werden sie es schwerer haben als bei den anderen. Ich habe mich immer für die friedliche Koexistenz von Arabern und Juden und für die gegenseitige Anerkennung von Palästinensern und Israelis eingesetzt.“

Für Freij gibt es nur eine politische Lösung. „Warum können die Palästinenser nicht von Willy Brandt lernen? Er wollte die Teilung Deutschlands nicht, aber er hat sie anerkannt. Wir müssen den Mut und die Weisheit aufbringen, Realpolitik zu betreiben.“

Während er spricht, wird auf dem Platz vor seinem Büro, gegenüber der „Geburtskirche“, eine ganz andere Art von realer Politik betrieben. Ein Steinhagel geht auf die Polizeiwache nieder; palästinensische Jugendliche – die Gesichter mit Tüchern ver mummt – laufen mit geballten Fäusten in Richtung Marktplatz davon. Ein israelischer Polizist leert seine Uzi-Maschinenpistole himmelwärts, Soldaten setzen den Halbwüchsigen nach.

Freij steht an seinem Fenster und schweigt. Nachdem die Schüsse verklungen sind, läßt er sei-

Quelle

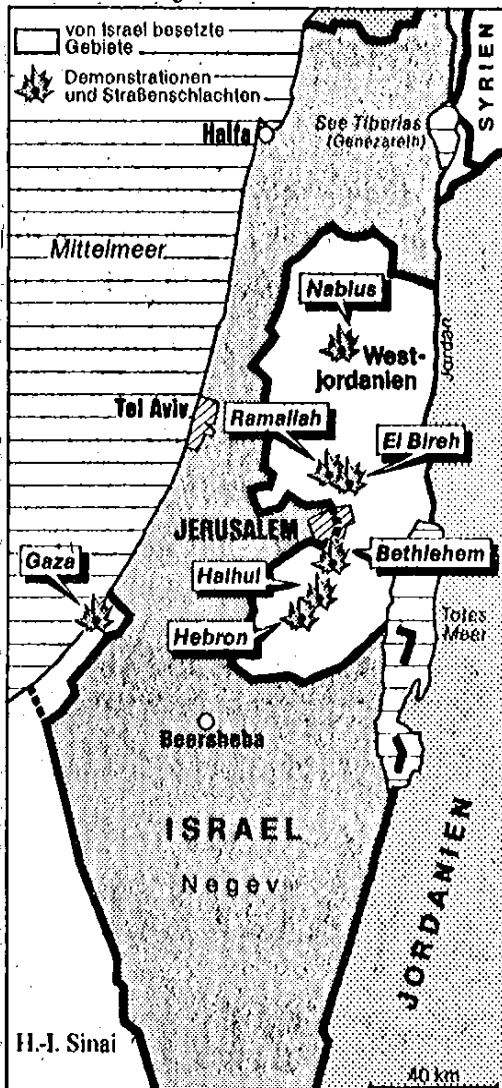
Datum

3

ner Depression freien Lauf: „Niemand kümmert sich um uns, auch die arabischen Staaten nicht. Sie bekämpfen sich gegenseitig, helfen uns aber nicht. Die Palästinenser sind die wirklichen Verlierer.“ Die Läden rund um den „Krippen-Platz“ sind geschlossen. Ein Andenken-Laden ist zuge-

schweißt, die Strafe des Militärkommandanten für den streikenden Inhaber. Es ist das Geschäft von Elias Freij. „Es gibt tausend Läden hier in Bethlehem; sie haben sich meinen absichtlich ausgesucht.“ Um die Ecke vom „Krippen-Platz“ in der Straße zur Milch-Grotte wäscht ein Ladenbesitzer Parolen von den Rolläden ab. Jemand hat ihm in der Nacht „Arafat“ und „Palästina“ draufgespritzt. „Gestern“, sagt der Andenkenverkäufer, „waren fast alle Läden auf, heute sind sie alle wieder zu.“ Wer gibt die Befehle? Statt einer Antwort Achselzucken, schließlich nach der dritten hartnäckigen Frage der Satz: „Wenn ich aufmache, werden mir die Scheiben eingeworfen; wenn ich zumache, rücken die Israelis an...“ Die einzige Freiheit, die der Besitzer hat, ist zu wählen, mit welcher Seite er sich anlegen will.

Ein paar Ecken weiter fahren Schützenpanzer durch die Straßen, beschießen Soldaten Jugendliche mit Tränengas, die Steine werfen.



Vierzehn Jahre lang hatten es die Israelis geschafft, fast mühelos über mehr als eine Million Araber im Westjordanland und Gaza-Streifen zu herrschen. Doch in der vorigen Woche zerplatzte der Traum von der Billig-Hegemonie unter den Steinwürfen palästinensischer Jugendlicher und den Feuerstößen israelischer Wehrpflichtiger.

Nach dem Juni-Krieg von 1967 war noch alles offen. Verblüfft registrierten die Israelis ihren Blitzsieg, doch sie genossen ihn allenfalls als verheißungsvolle Brücke zum raschen Frieden, nicht als Demütigung ihrer arabischen Nachbarn. Es fehlte nur noch der „Anruf aus Amman“, den die Sechs-Tage-Sieger fast stündlich erwarteten. Niemand, der da auf der Westbank endgültige Fakten setzen wollte. Der jordanische Dinar blieb offizielles Zahlungsmittel, arabische Richter urteilten nach jordanischem Recht – freilich nicht mehr im „Namen des Königs“, sondern im „Namen des Gesetzes“.

„Wir halten aus Sicherheitsgründen die Anhöhen besetzt“, verkündete Mosche Dajan, damals als Verteidigungsminister für die besetzten Gebiete verantwortlich. Doch „was in den Städten und Dörfern geschieht, ist Sache der Einwohner“. Es war die „außergewöhnlichste Besetzung der Geschichte“, wußte die *New York Times* zu berichten, und die *Neue Zürcher Zeitung* bescheinigte den neuen Herren des Westjordanlandes gänzlich unsoldatische Zivilität: „Zumindest äußerlich glich das Land... unter König Hussein stärker einem besetzten Gebiet als heute.“

Gerade zweieinhalb Hundertschaften israelischer Beamter lenkten (neben 6000 einheimischen Bürokraten) das tägliche Leben von etwa 600 000 Cis-Jordanern. Das Schul-Curriculum blieb so wie es die Behörden in Amman erlassen hatten

Quelle

Datum

*Zwischenfall bleibt auch
in der Zeitung!*

minus der antijüdischen Hetzparolen, die aus den Schulbüchern ausgemerzt wurden. Gefordert wurde nicht einmal die aktive Kollaboration gegen jene *Fedajin* („Opferbereiten“), die das Verdikt des Krieges mit der Waffe der Guerilla auszufechten gedachten. „Ich verlange von euch nicht, gegen Infiltranten und Saboteure zu kämpfen, denn das bleibt unsere Aufgabe“, ermahnte Dajan die arabischen Bürgermeister, als es Ende 1968 zu den ersten massiven Zusammenstößen kam: zwischen Steine werfenden Schülerinnen und israelischen Polizisten. Damals gelobte Mosche Dajan: „Gegen Jugendliche wird Israel nicht kämpfen“, und die Polizei schoss bloß symbolisch: mit rotgefärbtem Wasser, um hinterher die Identifikation der Randalierer zu erleichtern. In der vorigen Woche schossen die Soldaten scharf; es starben sieben Halbwüchsige.

Mit seiner „humanen“ Politik der „offenen Brücken“ glaubte Dajan zu schaffen, wovon Eroberer seit Geburt der nationalen Befreiungsbewegungen immer nur träumen konnten: die Koexistenz zwischen Siegern und Besiegten. „Eines Tages“, so schwärmte sein militärischer Chef-Verwalter Oberst Rafael Vardi im zweiten Jahr der Besetzung, „werden die Araber merken, daß man zusammenleben kann – auch ohne Krieg.“

Am Anfang betrachteten die Eroberer die Okkupation noch als eine Art von großangelegter Gruppentherapie. Den arabischen Notabeln bot Dajan den regelmäßigen Kaffeepausch, der arabischen Bevölkerung die wohlstandshebenden Erregenschaften westlicher Zivilisation: Agrar-Experten und Bewässerungssysteme, Ärzte und Tariflöhne, Kapital und Kanalisation. Hatten arabische Kleinbauern 1967 nur 300 Kilo Weizen pro Hektar erwirtschaftet, so waren es ein Jahr später schon anderthalb Tonnen. Und die Brücken über den Jordan blieben offen: für die arabischen Touristen in Richtung Nablus, Hebron, Jerusalem und sogar Tel Aviv.

Anders als heute scheuten die Israelis die offene Gewalt. Gegen Demonstranten verhängten sie Ausgangsverbote, gegen aufrührerische Notabeln die Ausweisung über den Jordan, gegen streikende Lehrer die Gehaltssperre. Und doch ahnte Dajan schon zu Beginn des Koexistenz-Experiments unter jüdischer Oberhoheit, daß seine politikfreie Wohlfahrtsstaat-Vision vergeblich war. „Ihr betet doch täglich fünfmal zu Allah“, entfuhr es ihm einst beim Kaffeekausch, „damit er euch von

den Okkupanten befreie.“ Es ging eben nicht nur um „Verpflegung und Bekleidung“, wie der einflussreiche Westbank-Politiker Anwar Nusseibeh vermerkte. „Davon haben wir genug. Wir fühlen uns als Fremde im eigenen Land.“

Und den Eroberern ging es ums Land – zunächst nur als strategisches Glacis, dann als integraler Bestandteil von „*Eretz Israel*“, dem Land der biblischen Verheißung. Am ersten Tag des Juni-Krieges von 1967 gelobten die Israelis noch feierlich, keinen Territorialgewinn anzustreben. Bevor die Woche zu Ende war, hieß es: „Wir werden nie zu den alten Grenzen zurückkehren.“ Der Bau der ersten drei Wehrdörfer war schon im September 1967 beschlossene Sache.

1970 waren es schon sieben, zwei Jahre später

wußte selbst die sozialistische Arbeiterregierung, daß die Vorschung auf der eigenen Seite war: „Es gibt keinen Zweifel, daß das jüdische Volk ein historisches Recht auf „*Eretz Israel*“ hat.“ Und das „Land Israel“ reichte eben vom Mittelmeer bis an den Jordan. Inzwischen standen 36 Siedlungen in den besetzten Gebieten, elf weitere waren in der Planung. Und doch blieben die Sozialisten – von Golda Meir über Jitzchak Rabin zu Schimon Peres ambiva-

*„Israel könnte sich ge-
zwungen sehen, seine Ge-
setze, wie auf den Golan-
höhen, auch auf das West-
jordanland auszudehnen“*

lent. Sie stritten lautstark über die zukünftige „Landkarte“ Israels und träumten dabei von der „jordanischen Option“, die ihnen die beste aller möglichen Welten verhieß: für Israel eine „Sicherheitsgrenze“ am Jordan, für König Hussein die leidige Last der Hunderttausende, welche die Höhen und Städte bevölkerten. Doch Hussein wollte nur das ganze Paket: alles oder nichts, inklusive Ost-Jerusalem.

Zudem verlor das einstige „Kronjuwel“ des Haschemiten-Reiches tagtäglich an Wert. Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg konnte Golda Meir noch verkünden: „Es gibt kein palästinensisches Volk!“ Dies mag damals, nach zwei Jahrzehnten „Jordanisierung“, noch der Fall gewesen sein. Doch seit 1967 mußte ein Volk entstehen – unter kräftiger Mithilfe der israelischen Besatzer.

„Volk sein“ heißt: die Erfahrung einer nationalen Schicksalsgemeinschaft stärker zu erleben als die Konflikte zwischen arm und reich, Land und Stadt, Herrscher und Untertan. Und die Besatzung – der stete Druck von außen –, mußte diese Konflikte zwangsläufig verwischen. Unter der jordanischen Verwaltung lagen Welten zwischen den uralten palästinensischen Elite-Familien und den armen Kleinbauern, die ihr Leben zwischen Olivenbäumen und Schafen fristeten; die Enteignung ihres Bodens aber traf sie gleichermaßen und mobilisierte beide gegen die Besatzer.

Mosche Dajans Politik der offenen Brücken und offenen Grenzen half ebenfalls, die traditionellen Gräben zwischen Städtern und Bauern einzuebnen. Tagtäglich treckten Zehntausende von „Gastarbeitern“ aus der Westbank in die Fabriken und auf die Baustellen zwischen Israel und den besetzten Gebieten. In den Lohntütten steckte nicht nur Geld, sondern ein Stück Emanzipation. Mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit lockerten sich zugleich die alten Herrschaftsbande, die einst vom einfachen Volk über die aristokratischen Großfamilien ins haschemitische Herrscherhaus liefen. Husseins Macht verblaßte.

Schon 1976, neun Jahre nach Anbruch ihrer Herrschaft mußten die Israelis erkennen, daß volle Portemonnaies noch keine gefügige Politik garantieren: Bei den Gemeindewahlen von 1976 wurde fast die gesamte alte Garde – die königstreuen und anpassungsbereiten Stammes- und Sippenführer –

Quelle

Datum

aus den Rathäusern vertrieben. An ihre Stelle traten jüngere, militantere Politiker, die sich mehr oder minder offen zur PLO bekannten.

Zum Beispiel Fahad Kawasmeh, der 1976 zum Bürgermeister von Hebron gekürt wurde: „Mein Vorgänger Scheich Jaabari war immer auf Seiten der jeweiligen Machthaber. Ich aber sage den Israelis genau das gleiche wie meinen Wählern. Wir wollen einen unabhängigen Palästinenser-Staat.“

Ein Jahr später, 1977, befreite Menachem Begin die zögerliche Arbeiter-Führung auf seine Weise von ihrem Dilemma: mit einem überraschenden Wahlsieg, den er nicht zuletzt mit der Verheißung erstritten hatte, daß Israels Recht auf „Judäa“ und „Samaria“ ein „ewiges“ sei. Die Besiedlung der biblischen Ländereien, von den Sozialisten eher halbherzig vollzogen, wurde nun zum eindeutigen Programm.

Und die Kosten der Besatzung stiegen. Reichte 1967 noch ein Bataillon, mußten 1977 schon 2200 israelische Soldaten für Recht und Ordnung sorgen. Warum, erklärte Bethlehem-Bürgermeister Elias Freij: „Für die Araber sind die Siedlungen gefährlicher als die Okkupation. Diese mag eines Tages enden, doch die stete Expansion der Siedlungen bedroht geradezu unsere Existenz auf der Westbank.“

„Meist werden Regierungen dafür getadelt, daß sie ihre Pläne nicht verwirklichen“, brüstete sich Arik Scharon, damals noch Landwirtschaftsminister, zum Ausklang der Legislaturperiode 1977-1981. „Wir haben getan, was wir angekündigt haben. Es gab, als wir ins Amt kamen, schon 20 oder 30 Siedlungen. Ich sagte: Laßt uns noch weitere 55 errichten. Jetzt sind es 82.“

Und die Palästinenser, denen Begin in Camp David die „volle Autonomie“ auf dem Weg zu einer gerechten Lösung versprochen hatte? Für die hält Scharon neuerdings eine gänzlich renovierte Form der „jordanischen Option“ parat: einen Palästinenser-Staat *jenseits* des Jordans. „Gut 80 Prozent der jordanischen Bevölkerung sind Palästinenser. Die einzigen Fremdlinge sind die Mitglieder der Haschemiten-Familie . . . Mir ist es egal, wer in Jordanien die Macht übernimmt.“

Und die Westbank? „Es gibt viele Probleme, die nicht endgültig gelöst worden sind. Es gibt Ost-Berlin und West-Berlin. Ich war dort – an der Mauer. Ist das eine Lösung? Nein!“

Bassam Schaka, der Bürgermeister von Nablus, der vorige Woche aus seinem Amt vertrieben wurde, weiß es besser: „Letztendlich wollen die Israelis die Westbank annektieren.“ Israels neuer Botschafter in Washington, Mosche Arens gibt dem Geschäftsmann recht – wenn auch noch diplomatisch verklausuliert: „Israel könnte sich gezwungen sehen, seine Gesetze, wie auf dem Golan, auch auf das Westjordanland auszudehnen.“

Wie die „Annexion in Raten“ als logisches Gegenstück zur Aufgabe des Rest-Sinai ablaufen könnte, erläutert ein scharfsinniger politischer Beobachter in Jerusalem: „Nach dem 25. April, dem Tag des Sinai-Rückzuges könnte die Begin-Regierung zunächst den Geltungsbereich der israelischen Gesetze auf die jüdischen Siedlungen in der Westbank ausdehnen. Wenn die Unruhen nicht aufhören, wenn es der Zivil-Verwaltung nicht gelingt, die PLO auszuschalten, ist der nächste Schritt das gesamte Gebiet.“

Auf jeden Fall will Israels Westbank-Chef Menachem Milson „die nötigen Maßnahmen ergreifen, administrative und gesetzliche, um die öffentliche Ordnung zu sichern.“ Wer seinen *Commentary*-Artikel vom Mai 1981 gelesen hat, der weiß, daß der Mann Wort hält. Dort war Israels Weg in den mörderischen Massen-Aufbruch der vergangenen Woche präzise vorgezeichnet. Der Titel des denkwürdigen Aufsatzes: „How to make peace with the Palestinians.“

g 0 3

B386108

5